

Die Tätigkeit internationaler Gesellschaften in Entwicklungsländern

Autor(en): **Fürer, Arthur**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **52 (1972-1973)**

Heft 5

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162757>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

aber doch deutliche Verurteilung der Lieferung von Offensivwaffen an Länder der Dritten Welt gesetzt.

Der glatte Verlauf des Moskauer Treffens und die aus ihm hervorgegangenen Abkommen und Erklärungen lassen erkennen, dass die Sowjetführer den Bankrott ihrer bisherigen amerikafeindlichen Aussenpolitik eingesehen haben. Eine grundsätzliche Revision ihrer aussenpolitischen Ziele können sie nur noch vermeiden, wenn in nächster Zeit in Amerika oder China völlig unvorhersehbare Ereignisse eintreten. Das will nicht heissen, dass es nun sofort zu einer vollständigen Kehrtwendung der sowjetischen Aussenpolitik kommt und dass etwa Sadhat und Fidel Castro von einem Tag auf den andern fallengelassen werden. Wahrscheinlicher ist ein von Verzögerungsmanövern und heftigen inneren Auseinandersetzungen begleitetes schrittweises Zurückweichen.

Widerstand gegen die Neuorientierung ist vor allem von zwei Gruppen zu erwarten: von den sowjetischen Militärs und von den kommunistischen Parteiideologen. Das sind aber genau die beiden Gruppen, auf die sich Breschnews persönliche Machtstellung stützt. Es ist deshalb von grösster Bedeutung, dass sowohl der Atomwaffen-Stillhaltevertrag wie die ideologisch anfechtbare Grundsatzerklärung von Breschnew selber in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der Kommunistischen Partei unterzeichnet wurden – was in krassem Widerspruch zum bisher stets peinlichst beachteten Protokoll steht. Breschnew setzt also seine volle Autorität ein, um den Widerstand seiner bisherigen Anhänger zu lähmen.

Es bleibt abzuwarten, ob das auf die Dauer genügen wird, um den Parteiführer vor dem Sturz zu bewahren. Er selber war ja der Hauptverantwortliche für die Fortsetzung der verfehlten Chruschtschewschen Aussenpolitik, deren Liquidierung er im Mai 1972 am Moskauer Gipfeltreffen beginnen musste.

ARTHUR FÜRER

Die Tätigkeit internationaler Gesellschaften in Entwicklungsländern

Seit einiger Zeit versuchen gewisse Kreise, die Tätigkeit unserer Privatwirtschaft in der Dritten Welt in Verruf zu bringen. Man wirft ihr vor, ihre Investitionen würden keinen Entwicklungseffekt aufweisen und die erzielten

und zurücktransferierten Gewinne stellten schlicht und einfach eine Ausbeutung des Entwicklungslandes dar; folglich sei die ganze, sogenannte Hilfe der Industrie nichts anderes als eine Heuchelei.

Bei näherer Prüfung dieser Vorwürfe ergibt sich, dass diese auf zwei grundlegenden Irrtümern beruhen, nämlich in bezug auf die Motive der Industrie und die Wirkungen ihrer Investitionen.

Die Beweggründe der Industrie

Der Entscheid einer Industriefirma, sich in einem Entwicklungsland zu engagieren, muss wohl oder übel von wirtschaftlichen Überlegungen ausgehen. Das Unternehmen kann nur ausnahmsweise Geschenke machen. Es hat sowohl für die Arbeit wie für das Kapital zu bezahlen. Ein vernünftiger Gewinn ist ebenso normal wie ein angemessener Lohn.

Wenn auch dem Investitionsentscheid Rentabilitätsabwägungen zugrunde liegen, so schliesst dies andererseits nicht aus, dass das Unternehmen tatsächlich viel mehr tut, wenn es sich in die Dritte Welt begibt, als wenn es Investitionen in einem bereits entwickelten Land vornimmt. Häufig muss die Industrie die Infrastruktur des betreffenden Landes ergänzen (Wasser, Elektrizität, Strassen). Sie muss die lokalen Lieferanten anleiten, damit ihre Lieferungen jene Qualität aufweisen, welche für die Erzeugung der Produkte eines angesehenen internationalen Unternehmens unerlässlich ist. Ausserdem – und dies ist das Schwierigste – muss praktisch das gesamte, für den Betrieb der neuen Fabrik notwendige einheimische Personal ausgebildet werden, und zwar sowohl auf beruflicher Ebene wie auch hinsichtlich der Einstellung zur Arbeit. Da ein multinationales Unternehmen weder in bezug auf die Nationalität noch auf die Rasse, die Hautfarbe oder Religion einen Unterschied macht, überträgt es gerne nicht nur die Handarbeit, sondern auch die Schlüsselpositionen von lokalen Gesellschaften an Einheimische, sofern diese über die notwendigen beruflichen und moralischen Voraussetzungen verfügen; dies erfordert natürlich eine sehr umfassende Ausbildung. Die «kapitalistische» Tätigkeit der internationalen Gesellschaften bringt somit diesen Ländern automatisch einen Entwicklungsbeitrag, der weder Dank erheischt noch Ressentiments gegenüber diesem Unternehmen schafft, solange es sich mit einem angemessenen Gewinn begnügt.

Auswirkungen der privatwirtschaftlichen Investitionen

Interessanterweise sind es meist nicht die Entwicklungsländer selbst, welche sich abschätzig über die Tätigkeit unserer Industrie auf ihrem Boden

äussern, sondern es sind idealistische oder politische Kreise der westlichen Welt, weitab vom Ort des Geschehens. Man erhält den Eindruck, dass viel guter Wille, aber wenig praktische Erfahrung gewisse Propagandisten der Entwicklungshilfe leitet und dass einige von ihnen bedauerlicherweise der Versuchung erliegen, jenen Industrieunternehmungen eines auszuwischen, die den Menschen in den Entwicklungsländern Arbeit und Brot gaben schon zu einer Zeit, als diese Kritiker noch nichts von der sogenannten Unterentwicklung wussten. Kritik ist sicher in manchen Fällen angebracht und berechtigt, aber wer sich an die Öffentlichkeit wendet, sollte mindestens die Gabe der Unterscheidung besitzen. Auf die schweizerischen Unternehmungen im Ausland darf man nicht unüberlegt kritische Schlagworte anwenden, die andern gegolten hatten. Wären ausländische industrielle Niederlassungen keine Hilfe für die Entwicklungsländer, wie könnte man es sich dann erklären, dass sich die Regierungen dieser Staaten unablässig bemühen, die westliche Industrie dazu zu bewegen, bei ihnen Fabrikationsbetriebe zu errichten? Die Anstrengungen der UNIDO (United Nations Industrial Development Organization) gehen in die gleiche Richtung. Offenbar sind sie alle davon überzeugt, dass die positiven Seiten der wirtschaftlichen Tätigkeit ausländischer Unternehmen eindeutig grösser sind als die allfälligen negativen Folgen.

Der Vorteil der lokalen Fabrikation ist darin zu sehen, dass die industrielle Niederlassung im Entwicklungsland als Erwerbsquelle und als Motor für die Wirtschaft ihrer Umgebung wirkt. So hat der Bau und der Betrieb einer Fabrik für gezuckerte Kondensmilch zum Beispiel folgende Auswirkungen:

- Die Fabrik gibt Hunderten von Bauern nicht nur ein regelmässiges, sondern auch ein höheres Einkommen aus der Lieferung von Frischmilch und hebt ihren Lebensstandard.
- Die Bauern werden ausgebildet. Sie vermögen ihre Produktion dank der Beratung und Hilfe durch das Unternehmen auf allen Gebieten (Auswahl des Viehs, sanitäre Massnahmen für das Vieh, besseres Futter, Bau von Futtersilos für die trockene Jahreszeit usw.) zu steigern.
- Die neue Fabrik verschafft einer Grosszahl von einheimischen Arbeitern Beschäftigung.
- Die Lieferungen für den Bau und den Betrieb der Fabrik beleben den einheimischen Handel und das Gewerbe.
- Die wachsende Kaufkraft der Bauern und Arbeiter trägt ihrerseits zur Belebung von Handel und Gewerbe bei.
- Die Steuereinnahmen des Staates werden ebenfalls zunehmen (Fabrik, Bauern, Arbeiter, Handel und Gewerbe).

- Die Aussenhandelsbilanz wird langfristig von der Einfuhr von Kondensmilch entlastet und kann umgekehrt dank allfälliger Exportmöglichkeiten in benachbarte Gebiete sogar noch verbessert werden.
- Schliesslich werden die Einheimischen ausgebildet und können sich mit modernen Methoden der Produktion und Unternehmensführung vertraut machen, wodurch langfristig dieses Land ein normaler Handelspartner auf dem Weltmarkt werden wird.

Es dürfte verständlich sein – selbst für Regierungen in der Dritten Welt –, dass das ausländische Industrieunternehmen, das mit Überzeugung seine Kapitalien und seinen Know-how in den Dienst eines Entwicklungslandes stellt, auf eine angemessene Entschädigung für seinen Beitrag zählen will. Das Unternehmen muss nämlich nicht nur seinerseits das investierte Kapital entschädigen, seine Fachleute bezahlen, sondern auch die Forschung finanzieren. Es hat überdies zu berücksichtigen, dass in einem Entwicklungsland zahlreiche Schwierigkeiten bestehen, die es in den andern Ländern nicht gibt. Ausserdem bedeuten die meist nicht sehr stabilen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse ein dauerndes ernsthaftes Risiko für die am Anfang und fortlaufend investierten Kapitalien. Dass der Gewinn unter diesen Umständen eine Risikoprämie enthalten darf, wird kein unparteiischer Kenner der Verhältnisse bestreiten. Andererseits ist es klar, dass sich die Gewinne und Transfers in vernünftigen Rahmen halten müssen. Übrigens wird die Bedeutung des Transfers von Zinsen, Dividenden und Lizenzgebühren häufig übertrieben. Vor einigen Jahren wurde eine diesbezügliche Untersuchung über ein grosses lateinamerikanisches Land angestellt, welche ergab, dass lediglich 6% der Gesamtheit der für Käufe und Dienstleistungen im Ausland ausgegebenen Devisen für die Zahlung von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren verwendet wurde; das war weniger als das, was die Touristen jenes Landes in der gleichen Zeitperiode im Ausland ausgaben.

Grenzen der industriellen Entwicklungsmöglichkeiten

Die Hilfe an die Entwicklungsländer bleibt eine Notwendigkeit trotz der vielen Schwierigkeiten und Enttäuschungen. Der Beitrag der Industrie bildet nur einen Teil der gesamten Anstrengungen. Die Hilfe internationaler Organisationen und industrieller Länder ist daneben unerlässlich, namentlich für die Infrastruktur des Landes, die Ausbildung und die Gesundheitspflege. Es tragen jedoch weder Geldgeschenke noch die Entsendung von Lebensmitteln zu einer dauerhaften Lösung bei; die Hebung des Lebens-

standards ist ein wirtschaftlicher Prozess, der vor allem auf der eigenen Arbeit des betreffenden Volkes beruht. Auf diesem Gebiet vermag die Industrie eine grosse Rolle zu spielen, um den Entwicklungsländern zu helfen, ihren Weg zu einer besseren Zukunft zu finden. Diese Anstrengungen sind doppelt notwendig ausserhalb der bereits bestehenden Industriezentren. Sie ermöglichen es, ländlichen Regionen ein regelmässiges Einkommen zu sichern und damit zu verhindern, dass die Bevölkerung in die Slums der grossen Agglomerationen abwandert. Häufig erkennen selbst die Regierungen nicht, welches der beste Weg für die Entwicklung ihres Landes ist: grosse Industriekomplexe scheinen in ihren Augen das Ideal für eine industrielle Entwicklung zu sein, wobei sie jedoch die wirtschaftlichen und soziologischen Gegebenheiten ihres Landes vergessen. Unter diesem Gesichtspunkt sind jene Industrien besonders nützlich, welche sich mit der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten befassen. Alle Anstrengungen der Privatwirtschaft beruhen auf dem Vertrauen in die lokalen Behörden und auf dem Vertrauen in den Respekt vor Recht und Eigentum.

IVAN PFAFF

Politisches Testament der tschechischen Literatur

Am Beispiel von Jan Procházka

«Immer wieder werden wir Risiken eingehen müssen, wenn wir unsere Selbstachtung nicht verlieren wollen», schrieb er im November 1962 in der Prager Parteizeitung. Im Juni 1966 erklärte er am Parteikongress der KPC: «Es ist ein natürliches Privileg des Menschen, Brot und Freiheit nicht nur als eine Möglichkeit, sondern als sein unveräusserliches und grundlegendes Recht zu erhalten.» Im Februar 1967 klagte er auf der Plenarsitzung des ZK der KPC an: